



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

06/2022

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren

FREE: IT-Fachanwendung zur Registerführung, Erfassung und Erstverteilung	4
EUAA: Aktualisierte Country Guidance Afghanistan	5
Neuer MedCOI Medical Country Report Nigeria	5
Neuer Länderreport zu Iran	6

Aus der Rechtsprechung

OVG Lüneburg / Ruanda: Keine Rückkehrgefährdung nach Asylantragstellung und längerem Aufenthalt im europäischen Ausland	6
VG Braunschweig / Tschad: Keine beachtliche Wahrscheinlichkeit einer Bestrafung bei Wehrdienstentzug	7

Neuerwerbungen der Bibliothek

Impressum



FREE: IT-Fachanwendung zur Registerführung, Erfassung und Erstverteilung

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unterstützt weiterhin Bundesländer, die im Zusammenhang mit der Registrierung von Geflüchteten aus der Ukraine um Amtshilfe ersuchen. Je nach Bedarf stellt das Bundesamt Registrierungsstationen (PIK) bereit und unterstützt auch personell bei der erkennungsdienstlichen Behandlung.¹ Bisher wurde die Unterstützung mit 198 Registrierungsstationen und über 270 Mitarbeitenden bewilligt.² Darüber hinaus hat das Bundesamt in kürzester Zeit eine neue Fachanwendung zur Registerführung, Erfassung und Erstverteilung zum vorübergehenden Schutz (FREE) in enger Abstimmung mit allen Bundesländern entwickelt.³ Die IT-Fachanwendung FREE wird seit dem 2. Mai 2022 zur bundesweiten Verteilung von Geflüchteten aus der Ukraine genutzt.

Rechtliche Notwendigkeit

Ukrainische Staatsangehörige mit biometrischem Reisepass halten sich nach derzeitigen EU-Regelungen für 90 Tage legal in Deutschland auf. Mit Verlängerung der Ukraine-Aufenthalts-Übergangsverordnung ist nun ein rechtmäßiger Aufenthalt bis 31. August 2022 möglich.⁴ Nach 90 Tagen beziehungsweise bei Bezug von Leistungen müssen sich die Personen registrieren lassen.⁵ Da manche Gebiete wie Hamburg oder Berlin überproportional beansprucht sind, ist eine steuernde Verteilung notwendig. Ziel ist dabei die personengenaue und gleichzeitig lastengerechte Verteilung von geflüchteten ukrainischen Staatsangehörigen unter Berücksichtigung integrationsförderlicher Bedingungen wie zum Beispiel familiäre Bindungen oder verfügbarer Wohnraum. Personen, die unmittelbar eine Unterkunft benötigen und auf staatliche Leistungen⁶ angewiesen sind, werden auf die Bundesländer nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt. Hierfür ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zuständig. Die Verteilung von Personen, die ein Schutzgesuch für eine Aufenthaltserlaubnis nach § 24 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) geäußert haben, erfolgte bis April

noch über das EASY-System⁷ für die Erstverteilung von Asylsuchenden.

Verteilung nach Königsteiner Schlüssel

Seit Anfang Mai 2022 nutzen die zuständigen Ausländerbehörden und Aufnahmeeinrichtungen FREE für die automatisierte Verteilung von aus der Ukraine Geflüchteten anhand des Königsteiner Schlüssels auf die Bundesländer. Dadurch entsteht eine eindeutige Trennung der Personen, die vorübergehenden Schutz beantragen (FREE) und Asylsuchenden (EASY). Anders als bei EASY werden Personendaten und Verteilung miteinander verknüpft und sind in FREE durch eindeutige Identifizierungsmerkmale jederzeit nachverfolgbar. Mit FREE wird eine personenbezogene Übersicht ermöglicht, so dass auch Familienangehörige zusammengeführt werden können. Ankommende Personen werden mit FREE schnell und einfach erfasst. Die Zuständigkeit des jeweiligen Bundeslandes wird durch FREE klar festgelegt und ist schon in der individuellen Anlaufbescheinigung erkennbar.

Funktionsweise von FREE

FREE ist eine neue, rein webbasierte Fachanwendung, die über die gängigen Browser Mozilla Firefox, Apple Safari, Google Chrome oder Microsoft Edge von berechtigten Personen aufgerufen werden kann. Die Anwendung ist daher flexibel und ad hoc einsetzbar. Ziel war es, die Anwendung so einfach wie möglich zu gestalten. Dies ist mit einer intuitiven Menüführung und nur wenigen Pflichtfeldern ermöglicht worden.

Die Benutzerverwaltung erfolgt ebenso webbasiert über ein delegiertes Verwaltungssystem. Das System ermöglicht es den beteiligten Stellen in Bundesländern und Kommunen, die Verwaltung der Nutzenden und entsprechende Rechtevergaben gemäß Berechtigungskonzept selbst umzusetzen. Dies erleichtert die Verwaltung für alle Beteiligten deutlich.

Die Erteilung eines Aufenthaltstitels erfolgt weiterhin regulär über die bekannten ausländerrechtlichen Fachverfahren. Die Ausstellung eines Aufenthaltstitels durch die zuständige Ausländerbehörde erfolgt zudem nur, wenn Geflüchtete aus der Ukraine eine vollständige ed-Behandlung durchlaufen haben und ein Eintrag im Ausländerzentralregister (AZR) erfolgt ist.

Stetige Weiterentwicklung

Das Bundesamt stellt die IT-Fachanwendung zur Verfügung und hostet diese. Zur reibungslosen Anwendung von FREE wurden bereits im Vorfeld 500 Mitarbeitende der Bundesländer, die mit dem System arbeiten, durch das Bundesamt als Multiplikatoren geschult. Das Informationstechnikzentrum des Bundes (ITZ Bund) und BAMF haben zu Beginn der Einführung

1 S. Behördenspiegel, Juni/2022, S. 5 sowie Kabinettsbeschluss vom 27.04.2022: Seit dem 01.06.2022 sollen alle Kriegsflüchtlinge erkennungsdienstlich behandelt werden. (§ 49 Abs. 4a AufenthG)

2 Stand: 25.5.2022 HGF

3 Damit wurde auch eine Forderung des Deutschen Städtetages direkt erfüllt. S. dazu Behördenspiegel, April 2022, S. 13

4 Vom Bundesrat am 08.04.2022 beschlossen: <https://www.bundesrat.de/DE/plenum/bundesrat-kompakt/22/1019/1019-pk.html?nn=4352766#top-47>, abgerufen am 13.06.22.

5 S. dazu Durchführungsbeschluss (EU) 2022/382 DES RATES vom 4. März 2022 zur Feststellung des Bestehens eines Massenzustroms von Vertriebenen aus der Ukraine im Sinne des Artikels 5 der Richtlinie 2001/55/EG und zur Einführung eines vorübergehenden Schutzes

6 Seit 01.06.2022 haben aus der Ukraine geflüchtete Menschen Anspruch auf Leistungen nach Sozialgesetzbuch II und XII, werden damit anerkannten Asylbewerberinnen und -bewerbern gleichgestellt. Voraussetzung ist eine vorherige Registrierung.

7 S. zu EASY auch Entscheiderbrief 2/20, S. 8: <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Entscheiderbrief/2020/entscheiderbrief-02-2020.pdf?blob=publicationFile&v=3>, abgerufen am 11.06.2022

von FREE einen umfangreichen Support angeboten, der mittlerweile in den Regelbetrieb übergegangen ist.

Durch fortwährende Betreuung der IT-Fachanwendung und Zusammenarbeit mit den Nutzenden wird FREE laufend angepasst. So arbeitet das Bundesamt derzeit unter anderem daran, eine Schnittstelle zum AZR zu schaffen, die eine unmittelbare Datenübertragung in FREE ermöglicht.

Karin Patock, 92A

EUAA: Aktualisierte Country Guidance Afghanistan

Die Europäische Asylagentur (EUAA) hat den aktualisierten Länderleitfaden (Country Guidance) für Afghanistan veröffentlicht.⁸ Ähnlich wie die deutschen Herkunftsländerleitsätze enthalten Country-Guidance-Dokumente eine Bewertung der Situation in verschiedenen Herkunftsländern im Hinblick auf internationalen Schutzbedarf, dies aber ausschließlich auf Grundlage europäischer Rechtsinstrumente und Rechtsprechung. Nach Angaben der EUAA trägt der aktualisierte Leitfaden den neuesten Informationen⁹ über die Lage in Afghanistan Rechnung und soll zu einer einheitlichen europäischen Entscheidungspraxis bei Asylanträgen von afghanischen Staatsangehörigen beitragen.

Hintergrund

Die EUAA-Länderleitfäden werden im Rahmen des EUAA Country Guidance Networks von Kolleginnen und Kollegen aus europäischen Partnerbehörden erstellt, die EUAA nimmt in diesem Prozess eine koordinierende und unterstützende Rolle ein. Das Bundesamt wird regelmäßig durch das für herkunftsländerbezogene Grundsatzfragen zuständige Referat im Country Guidance Network vertreten.

Im Unterschied zu den Herkunftsländerleitsätzen ist die Country Guidance für Entscheiderinnen und Entscheider des Bundesamtes nicht bindend. Nach Artikel 11 der zum Jahresanfang 2022 in Kraft getretenen EUAA-Verordnung (Verordnung (EU) 2021/2303) sind die Mitgliedstaaten jedoch verpflichtet, die Country Guidance bei der Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz zu berücksichtigen. Diese Maßgabe hat das Bundesamt bereits vor Inkrafttreten der Richtlinie durch regelmäßige Berücksichtigung bei der Aktualisierung der jeweiligen Herkunftsländerleitsätze umgesetzt.

8 s. Pressemitteilung EUAA, <https://euaa.europa.eu/news-events/euaa-releases-updated-country-guidance-afghan-applicants>, abgerufen am 11.05.2022

9 Stand Dezember 2021 s. <https://euaa.europa.eu/publications/country-guidance-afghanistan-april-2022> S. 6.

Zum Inhalt

Der aktualisierte Länderleitfaden geht auf die politische Agenda und deren Umsetzung durch die Taliban sowie auf die mögliche Gefährdungslage für bestimmte Personengruppen aus dem Umfeld der früheren afghanischen Regierung und der NATO-geführten Streitkräfte sowie von Dolmetschern, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten ein. Darüber hinaus beleuchtet er das erhöhte Risiko für alle Profile von Antragstellenden nach der Machtübernahme der Taliban und geht insbesondere auf die Lage der Frauen und die ihnen auferlegten Beschränkungen ein.

Die EUAA schätzt das Ausmaß willkürlicher Gewalt in Afghanistan seit November 2021 als deutlich geringer ein als vor der Übernahme durch die Taliban, und auch die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung sei erheblich zurückgegangen. Es sei jedoch noch nicht möglich, endgültige Schlussfolgerungen zum diesbezüglichen subsidiären Schutzbedarf (Art. 15c Qualifikationsrichtlinie) zu ziehen. Auch zur Anwendbarkeit der internen Schutzalternative (IPA) enthält der Leitfaden weitere Klarstellungen. Es bleibt jedoch bei der Bewertung der EU-Mitgliedstaaten, dass interner Schutz in Afghanistan derzeit grundsätzlich nicht verfügbar ist.¹⁰

Die Inhalte des Länderleitfadens wurden bereits bei der letzten Aktualisierung der Herkunftsländerleitsätze Afghanistan berücksichtigt, so dass der Länderleitfaden und die Herkunftsländerleitsätze weitgehend übereinstimmende Bewertungen enthalten. Da sich die Situation in Afghanistan weiterhin nicht vollständig konsolidiert hat und der Länderleitfaden daher zu einigen Punkten noch keine abschließenden Bewertungen enthält, ist für den Herbst eine weitere Aktualisierung des Leitfadens vorgesehen.

Margarete Milek, 61B und Lena Thiem, 62E

Neuer MedCOI Medical Country Report Nigeria

Die Europäische Asylagentur (EUAA) veröffentlicht regelmäßig medizinische Herkunftsländerberichte (MedCOI Medical Country Reports), die detaillierte Angaben zu verschiedenen Gesundheits- und Krankenversicherungssystemen bieten.

Im April 2022 ist der MedCOI Medical Country Report Nigeria erschienen. Der Bericht enthält einen kompakten Überblick über die historische, politische und (sozio-)ökonomische Lage Nigerias.

10 s. Pressemitteilung EUAA vom <https://euaa.europa.eu/news-events/euaa-releases-updated-country-guidance-afghan-applicants>, abgerufen am 11.05.2022

Darüber hinaus werden ausführliche Informationen zum Aufbau der nigerianischen Gesundheits-, Krankenversicherungs- und Pharmaziebereiche sowie Verfügbarkeits- und Zugänglichkeitsinformationen zu Gesundheitsdienstleistungen im öffentlichen und privaten Sektor für Erwachsene und Kinder bereitgestellt. Die medikamentöse und fachärztliche Versorgung unterschiedlicher Krankheitsbilder wird ebenfalls näher thematisiert. Im Besonderen werden die Behandlungsmöglichkeiten für mentale, kardiovaskuläre, neurologische, nephrologische, pulmonologische und hämatologische Erkrankungen erläutert. Auch die Behandlungsmöglichkeiten für Krankheiten wie z. B. Diabetes, HIV, Hepatitis und Tuberkulose werden im Detail beleuchtet.

Die Publikation kann über die [EUAA-Homepage](#) abgerufen und verwendet werden.

Karolina Neufeld, 62E

Neuer Länderreport zu Iran

Der 52. Länderreport aus dem Referat Länderanalysen basiert auf überwiegend persisch-sprachigen Quellen und stellt das Szenario der Verfolgung von zum Christentum übergetretenen Personen in Iran aus der Perspektive des Staates dar. Bislang lag europäischen Asylbehörden vornehmlich die Perspektive von iranischen Antragstellenden in ihren Asylanörungen zum Glaubenswechsel vom Islam zum Christentum vor. Der Länderreport stellt dar, dass die gegen Hauskirchen und ihre Gemeindemitglieder gerichteten staatlichen Maßnahmen seit 2005 nicht nur verschiedene Phasen durchlaufen haben, sondern eng mit der jüngeren politischen Entwicklungen des Landes in den letzten zwei Jahrzehnten verbunden sind.

Darüber hinaus beschäftigt sich der Länderreport mit den Fragen, was den Repressionsapparat in Bezug auf die evangelikalen Gemeinden antreibt. Warum christlich-protestantisches Leben von den klerikalen Eliten Irans und dem mit ihnen verbundenen Sicherheitsdienst verfolgt wird und mit welchen Maßnahmen die Islamische Republik ihren religiösen Gegnern begegnet. Dabei wird der Blick auf die Fragmentierung der religiösen Landschaft Irans und der daraus erwachsenden Konsequenzen gerichtet. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen konkrete Verfolgungshandlungen auf der Ebene der Strafverfolgung durch Sicherheitsdienste und Revolutionsgerichte. Den Rahmen der Ausarbeitung bilden detaillierte Analysen zur Rechtslage: Hier geht es um die Verfassung der Islamischen Republik in Sachen Religion, das religiöse staatliche Grundgerüst und um religiöse Minderheiten. Den Abschluss bildet ein Überblick zum Strafrecht und der Umsetzung im Rahmen der Revolutionsgerichtsbarkeit einschließlich der neuesten Entwicklungen.

Der Länderreport kann wie gewohnt über die BAMF-Homepage unter „[Publikationen](#)“ abgerufen und verwendet werden.

Andreas Emcev, 62E

OVG Lüneburg / Ruanda: Keine Rückkehrgefährdung nach Asylantragstellung und längerem Aufenthalt im europäischen Ausland

Das Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht (OVG) hat mit Grundsatzentscheidungen in zwei Urteilen¹¹ die Auffassung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge bestätigt: Keine Gefahr der politischen Verfolgung ruandischer Staatsangehöriger bei Rückkehr aufgrund der Asylantragstellung und des längeren Aufenthalts in Europa und einer damit verbundenen jedenfalls unterstellten oppositionellen Gesinnung. Besondere Bedeutung hat die Differenzierung zwischen dem förmlichen Akt der Antragstellung und der inhaltlichen Ebene des Asylantrags. Das OVG folgte bei seiner Entscheidung der gutachterlichen Stellungnahme der Sachverständigen Dr. Stefanie Bognitz des LOST Research Netzwerks.

Im Einzelnen geht das OVG Lüneburg in den Fällen zweier ruandischer Klägerinnen, deren individuelle Verfolgungsgründe nicht zum Tragen kamen, davon aus, dass aus der Überwachung und Kontrolle der Angehörigen der ruandischen Diaspora im Ausland nicht geschlossen werden könne, dass einem Staatsbürger Ruandas, der im Ausland einen Asylantrag gestellt hat, bei einer Rückkehr nach Ruanda mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit Verfolgungsmaßnahmen drohten, wenn allein der Umstand der Asylantragstellung im Ausland ruandischen Behörden durch Befragungen bekannt werde bzw. aufgrund der im Ausland erfolgten Überwachung der ruandischen Diaspora bereits bekannt sei. Zwar werte die ruandische Regierung die Flucht und ein Asylgesuch als Ausdruck der Feindschaft gegenüber der Politik und immanente Kritik an der Regierungsführung und staatlichen Organen Ruandas. Aber anhand der dem Senat vorliegenden Erkenntnismittel lasse sich nicht feststellen, dass allein der formale Aspekt der Beantragung von Asyl im Ausland derart schwer wiege, dass einem ruandischen Asylantragsteller bei einer Rückkehr bereits deshalb mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit Verfolgungsmaßnahmen im Sinne des § 3a AsylG drohten. Vielmehr müssten zu dem formalen Aspekt der Asylantragstellung weitere qualitative Umstände hinzutreten.

¹¹ S. Urteile OVG Lüneburg in den Rechtssachen 4 LB 20/19 und 4 LB 521/18 vom 16. Mai 2022

Entscheidend seien die inhaltliche Ebene und der Hintergrund des Asylgesuchs.

Öffentlich geäußerte Kritik am ruandischen Staat und den dortigen politischen Verhältnissen könnten daher im Zusammenhang mit einem Asylgesuch zu einer relevanten Verfolgungsgefahr bei einer Rückkehr aus dem Exil führen. Darüber hinaus führten sichtbare oppositionelle Tätigkeiten des Asylantragstellers zu einer signifikanten Erhöhung der Verfolgungsgefahr. Politisch motivierten Repressionen durch staatliche Stellen seien insbesondere ruandische Staatsbürger ausgesetzt, die einer oppositionellen Vereinigung wie dem Ruandischen Nationalkongress (Rwanda National Congress – RNC) angehörten oder naheständen, sich mit dieser identifizierten oder aktiv und öffentlich Oppositionsarbeit betrieben, sich journalistisch betätigten und öffentlich Kritik an der Regierung oder den Verhältnissen in Ruanda übten. Bereits die formale Mitgliedschaft in einer Oppositionspartei wie dem RNC könne im Einzelfall insoweit als Form der Sichtbarkeit politischer Opposition zu bewerten sein.

Die vorgenannten Grundsatzentscheidungen des Niedersächsischen Obergerichtspräsidenten stellen in diesem Themenbereich die erste obergerichtliche Rechtsprechung dar. Sie bestätigen die durch das Bundesamt vertretene Auffassung, dass jedenfalls die sogenannte „Trias“ – die Ausreise aus dem Herkunftsland, die anschließende Asylantragstellung und der Verbleib im westlichen Ausland – nicht zu einer flüchtlingsrechtlich relevanten Verfolgung führen. Die weitere Feststellung, dass eine politische Betätigung bereits durch eine formale Mitgliedschaft in einer Oppositionspartei oder in Form der inhaltlichen Begründung des Asylantrages sehr wohl zu einer politischen Verfolgung durch den ruandischen Staat bei einer Rückkehr führen kann, wird zukünftig eine im Einzelfall ausdifferenzierte Verbescheidung bei ruandischen Antragstellern erfordern.

Julia Ograbek, 61E

VG Braunschweig / Tschad: Keine beachtliche Wahrscheinlichkeit einer Bestrafung bei Wehrdienstentzug

Mit Urteil vom 26. April 2022 entschied das Verwaltungsgericht (VG) Braunschweig (Az. 7 A 43/18), dass eine Bestrafung oder Inhaftierung wegen Wehrdienstentzug im Tschad derzeit nicht beachtlich wahrscheinlich ist.

Im verhandelten Fall trug der 24-jährige Antragsteller vor, dass er in einem kleinen Dorf im Zentrum des

Tschads in einer nomadisch lebenden Volksgruppe geboren wurde. Zu seinen Asylgründen erklärte er, dass zwischen dem Tschad und dem Sudan ein territorialer Konflikt bestehe, in dem auch tschadische Soldaten im Einsatz seien. Da der Antragsteller nicht am Kriegseinsatz und möglichen damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen beteiligt sein wolle, habe er sich durch seine Ausreise der Einberufung zum Militärdienst entzogen. Einen Einberufungsbefehl habe der Antragsteller nicht erhalten. Bei Rückkehr befürchte er eine fünfjährige Freiheitsstrafe aufgrund des Wehrdienstentzugs.

Das Verwaltungsgericht ließ Beweis erheben und kommt zum Ergebnis, dass eine Inhaftierung aufgrund einer Verletzung von Vorschriften des tschadischen Wehrstrafrechts durch eine Ausreise nicht mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit droht. Der verpflichtende Wehrdienst für tschadische Staatsangehörige beginnt frühestens mit der Vollendung des 20. und endet mit der Vollendung des 35. Lebensjahres. In der Praxis hängen die jährlichen Quoten zur Heranziehung zum Wehrdienst stark vom Budget ab. Im Jahr 2018 lag die Haushaltsquote bei 11.000 Wehrpflichtigen, während um das Jahr 2000 jährlich etwa 170.000 Personen im Tschad geboren wurden. Dies bedeutet, dass bei Weitem nicht jeder Wehrpflichtige eingezogen wird. Neben finanziellen Beschränkungen sind teilweise fehlende Einträge von Geburten in Personenstandsregistern (insbesondere bei nomadisch lebenden Volksgruppen) sowie ein fehlendes allgemeines Meldewesen für alle Bürger Ursachen für Nichteinziehung vieler Dienstpflichtiger. Nach Erkenntnissen des Gerichts ist der Staat auf eine aktive Meldung zum Militärdienst angewiesen. So versucht die Regierung seit 2015 durch wiederkehrende Werbemaßnahmen junge Menschen für den Dienst an der Waffe zu gewinnen. Eine systematische Suche nach Wehrpflichtigen scheint nicht stattzufinden.

Nach der Gesamtschau schlussfolgert das Gericht, dass das dargestellte System der Heranziehung bzw. Anwerbung zum Wehrdienst von Wehrdienstpflichtigen bzw. Freiwilligen vor dem Hintergrund der finanziellen Beschränkungen und des fehlenden Meldewesens, insbesondere bei den nomadisch lebenden Staatsangehörigen, es unwahrscheinlich erscheinen lässt, dass der tschadische Staat den Antragsteller nach wie vor strafrechtlich verfolgt und ihn infolge einer Wiedereinreise aufgrund der Tatsache, dass er sich im wehrpflichtigen Alter nicht in seinem Heimatland aufhielt, wegen Wehrdienstentziehung verurteilen und inhaftieren wird. Hinzu kommt, dass aktuellen Medienberichten zufolge die Wehrpflicht derzeit ausgesetzt sei.¹² Eine gesetzliche Grundlage gebe es hierfür jedoch

¹² Hierzu die Presseberichte des Journal du Tschad: „Suspension de tout recrutement dans l'armée tchadienne“, abrufbar unter: <https://www.journaldutshad.com/tchad-suspension-de-tout-recrutement-dans-larmee-tchadienne/> zuletzt abgerufen am 09.06.2022) und von Tschad 24 „Suspension De Tout Recrutement Dans L'armee Tchadienne, Tchad: Suspension de tout recrutement dans l'armee tchadienne“.

noch nicht. Dies spreche ebenfalls dagegen, dass der tschadische Staat gegenwärtig ein erhöhtes Interesse an einer Disziplinierung der Wehrpflichtigen bei Fahnenflucht hat.¹³

Andreas Emcev, 62E

Neuerwerbungen der Bibliothek

Charles, Lorraine: Refugees but not refugees : the UAE's response to the Syrian refugee crisis viewed through the lived experience of Syrians in Abu Dhabi. - In: Journal of Refugee Studies. - 34 (2021), Heft 2 : Displaced Syrians, Seite 1423-1440

Dietz, Andreas: Kriegsvertriebene aus der Ukraine : die Anwendung der RL 2001/55/EG nach dem Beschluss 2022/382 des Rates vom 4.3.2022. - 1 Online-Ressource (8 Seiten). - In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht : NVwZ. - 41 (2022), Heft 8, Seite 505-512

Dinter, Katharina; Muz, Helena: Update zum AsylbLG. - In: Informationsbrief Ausländerrecht : InfAuslR. - 44 (2022), Heft 4, Seite 132-137

Etzel, Morgan: New models of the „Good refugee“ - bureaucratic expectations of Syrian refugees in Germany. - 1 Online-Ressource (20 Seiten). - In: Ethnic and racial studies. - 45 (2022), Heft 6, Seite 1115-1134

Gabiam, Nell: Palestinians and Europe's 'Refugee Crisis' seeking asylum in France in the wake of the Syrian war. - In: Journal of Refugee Studies. - 34 (2021), Heft 2 : Displaced Syrians, Seite 1327-1347

Haas, Philipp; Matti, Emanuel: Verfassungsrechtliche Aspekte der Gewährung von materieller Grundsicherung an Personen mit humanitärem Aufenthaltsrecht. - In: Migralex : Zeitschrift für Fremden- u. Minderheitenrecht. - 19 (2021), Heft 3, Seite 58-67

Haberstroh, Friederike: Abschiebungshaft und Alternative zur Abschiebungshaft : Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). - Stand: 08/2021. - Nürnberg : BAMF, 2021. - 1 Online-Ressource (49 Seiten)

Hruschka, Constantin: Erzwungene Migration: Politisches Vabanquespiel der EU auf Kosten schutzbedürftiger Personen?. - In: Migration und Integration : Info. - (2018), Heft 1, Seite 4-5

Kolb, Holger: Wie der § 19 c II AufenthG iVm § 6 BeschV zum Nukleus eines Punktesystems im deutschen Erwerbsmigrationsrecht werden könnte. - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik. - 42 (2022), Heft 2, Seite 51-54

Marx, Reinhard: Kommentar zum Asylgesetz. - 11. Auflage. - Köln : Luchterhand Verlag, 2022. - LXXXI, 2300 Seiten. - ISBN 978-3-472-09762-4

Münch, Sybille: Creating uncertainty in the governance of arrival and return : target-group constructions in bavarian AnkER facilities. - In: Journal of Refugee Studies. - 34 (2021), Heft 4 : The politics of uncertainty: Producing, reinforcing and mediating (legal) uncertainty in local refugee reception, Seite 3590-3607

Rights and support for Ukrainian refugees in receiving countries. - OECD : OECD-Publ., 2022. - 1 Online-Ressource (28 Seiten)

Röpstorff, Mareike: Gar nicht erst nach Europa kommen lassen! : „Migrationsmanagement“-Kooperationen der EU mit Drittstaaten. - In: Der Schlepper : Magazin für Migration und Flüchtlingssolidarität in Schleswig-Holstein. - 26 (2022), Heft 103, Seite 34-35

Soysüren, Ibrahim; Nedelcu, Mihaela: European instruments for the deportation of foreigners and their uses by France and Switzerland : the application of the Dublin III regulation and Eurodac. - 1 Online-Ressource (18 Seiten). - In: Journal of ethnic and migration studies : JEMS. - 48 (2022), Heft 8 vom 28.8.2020, Seite 1927-1943

Der Status im europäischen Asylrecht. - 1. Auflage. - Baden-Baden : Nomos ; Wien : facultas, 2020. - 352 Seiten. - ISBN 978-3-8487-5672-8

Steinbüchel, Antje: Verteilung im Sinne des Kindeswohls? : Kindeswohlaspekte im Verteilungsverfahren für unbegleitete Minderjährige. - In: Asylmagazin : Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2019), Heft 6/7 : Themenschwerpunkt „unbegleitete Minderjährige“, Seite 218-221

Themenschwerpunkt: Recht und Ethik der Migration = Law and ethics of migration / herausgegeben von Joachim Hruschka, Jan C. Joerden. - Berlin : Duncker & Humblot, [2017]. - 1 Online-Ressource (VIII, 342 Seiten). - ISBN 978-3-428-15312-1

Thym, Daniel: Supranational courts in Europe : a moderately communitarian turn in the case law on immigration and citizenship. - 1 Online-Ressource (18 Seiten). - In: Journal of ethnic and migration studies : JEMS. - 47 (2021), Heft 19 vom 9.4.2020, Seite 4534-4551

- Tchad24 - L'actualité du Tchad 24h/24", abrufbar unter <https://www.tchad24.com/2021/11/tchad-suspension-de-tout-recrute-ment-dans-larmee-tchadienne/> (zuletzt abgerufen am 09.06.2022).
13 Vgl. VG Braunschweig, Urteil vom 26.04.2022 - 7 A 43/18.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

06/2022

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis

iStockphoto


Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [informationsvermittlungsstelle\(at\)bamf.bund.de](mailto:informationsvermittlungsstelle(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

